

Verordnung über die Deklaration für landwirtschaftliche Erzeugnisse aus in der Schweiz verbotener Produktion (Landwirtschaftliche Deklarationsverordnung, LDV)

vom 26. November 2003 (Stand am 1. Oktober 2008)

Der Schweizerische Bundesrat,

gestützt auf die Artikel 18 Absatz 1 und 177 des Landwirtschaftsgesetzes vom 29. April 1998¹ (LwG),

verordnet:

1. Abschnitt: Geltungsbereich

Art. 1

¹ Diese Verordnung gilt für folgende landwirtschaftliche Erzeugnisse:

- a. Fleisch nach Artikel 3 der Verordnung des EDI vom 23. November 2005² über Lebensmittel tierischer Herkunft von Tieren der Pferde-, Rindvieh-, Schaf-, Ziegen- und Schweinegattung (ohne Wildschweine), von Hauskaninchen, von Hausgeflügel (ohne Legehennen) und von Zucht-Schalwild;
- b. Eier von Haushühnern (*Gallus domesticus*) nach Artikel 68 der Verordnung des EDI vom 23. November 2005 über Lebensmittel tierischer Herkunft.³

² Sie gilt auch für folgende Zubereitungen und Fleischerzeugnisse, die aus landwirtschaftlichen Erzeugnissen nach Absatz 1 hergestellt wurden:

- a. Fleischzubereitungen;
- b. Rohpökel- und Kochpökelwaren;
- c. rohe Kochpökelwaren;
- d. Hackfleischwaren;
- e. Eierzubereitungen.

³ Als Fleischzubereitungen gelten gebratenes, gegartes und gekochtes Fleisch.

⁴ Als Eierzubereitungen gelten Spiegeleier, gekochte Eier sowie gekochte und geschälte Eier (Traiteureier).

AS 2003 4957

¹ SR 910.1

² SR 817.022.108

³ Fassung gemäss Ziff. I der V vom 14. Nov. 2007, in Kraft seit 1. Jan. 2008 (AS 2007 6441).

2. Abschnitt: Deklaration

Art. 2 Deklarationspflicht

¹ Eingeführte Erzeugnisse und Zubereitungen nach Artikel 1 müssen bei der Abgabe an Endkonsumentinnen und Endkonsumenten gemäss den Artikeln 3–5 deklariert werden, es sei denn, der Verkäufer oder die Verkäuferin könne nachweisen, dass das Erzeugnis oder die Zubereitung nicht aus in der Schweiz verbotener Produktion stammt.

² Die Abgabe von Erzeugnissen und Zubereitungen in gemeinschaftlichen Einrichtungen wie Gaststätten, Krankenhäusern oder Gemeinschaftsversorgungsbetrieben ist ebenfalls deklarationspflichtig.

³ Als in der Schweiz verboten gilt:

- a.⁴ die Produktion von Fleisch nach Artikel 1 Absatz 1 Buchstabe a unter Verwendung von Hormonen nach Anhang 4 der Tierarzneimittelverordnung vom 18. August 2004⁵ und von Antibiotika oder anderen antimikrobiellen Stoffen nach Artikel 160 Absatz 8 des LwG zur Leistungsförderung;
- b. die Produktion von Eiern nach Artikel 1 Absatz 1 Buchstabe b, ohne dass die Anforderungen bezüglich der Haltung von Haushühnern gemäss Anhang 1 Tabelle 13 der Tierschutzverordnung vom 27. Mai 1981⁶ erfüllt sind.

⁴ Für den Nachweis, dass ein Erzeugnis oder eine Zubereitung nicht aus in der Schweiz verbotener Produktionsmethode stammt (Nachweis gleichwertiger Produktionsverbote), gelten die Anforderungen nach den Artikeln 6, 7a oder 8.⁷

Art. 3 Deklaration für Fleisch

Fleisch, Fleischzubereitungen und Fleischerzeugnisse sind mit einem oder gegebenenfalls beiden der Hinweise «kann mit Hormonen als Leistungsförderer erzeugt worden sein» und «kann mit Antibiotika und/oder anderen antimikrobiellen Leistungsförderern erzeugt worden sein» zu deklarieren.

Art. 4 Deklaration für Eier

Eier und deren Zubereitungen sind mit dem Hinweis «aus in der Schweiz nicht zugelassener Käfighaltung» zu deklarieren.

⁴ Fassung gemäss Ziff. I der V vom 14. Nov. 2007, in Kraft seit 1. Jan. 2008 (AS 2007 6441).

⁵ SR 812.212.27

⁶ [AS 1981 572, 1986 1408, 1991 2349, 1997 1121, 1998 2303, 2001 1337 Anhang Ziff. 1 2063, 2006 1427 5217 Anhang Ziff. 2, 2007 1847 Anhang 3 Ziff. 1. AS 2008 2985 Anhang 6 Ziff. I]. Siehe heute: die V vom 23. April 2008 (SR 455.1).

⁷ Fassung gemäss Anhang 2 der V vom 27. Aug. 2008 über die Ein- und Durchfuhr von Tierprodukten aus Drittstaaten im Luftverkehr, in Kraft seit 1. Okt. 2008 (SR 916.443.13).

Art. 5 Form der Deklaration

¹ Die Deklaration hat den Bestimmungen der Artikel 26–28 der Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung vom 23. November 2005⁸ zu entsprechen.⁹

² Bei vorverpackten landwirtschaftlichen Erzeugnissen, Fleischerzeugnissen und Zubereitungen ist die Deklaration auf jeder Packung oder Etikette anzubringen. Bei offen angebotenen Erzeugnissen und Zubereitungen ist die Deklaration beim Standort des Erzeugnisses anzubringen.

³ In Einrichtungen wie Gaststätten, Krankenhäusern oder Gemeinschaftsverpflegungsbetrieben hat die Deklaration in der Regel schriftlich zu erfolgen. Besteht für ein landwirtschaftliches Erzeugnis, ein Fleischerzeugnis oder eine Zubereitung ein vorübergehender, kurzfristiger Versorgungsengpass, so kann über dessen Ersatz mündlich informiert werden.

3. Abschnitt: Nachweis gleichwertiger Produktionsverbote**Art. 6** Nachweis gleichwertiger gesetzlicher Produktionsverbote

Der Nachweis gleichwertiger Produktionsverbote ist erbracht, wenn:

- a. das Erzeugnis oder die Zubereitung aus einem Land stammt, in dem nach der Länderliste nach Artikel 7 für den entsprechenden Rohstoff ein gleichwertiges gesetzliches Produktionsverbot gilt; und
- b.¹⁰ der Warenfluss mittels Warenlos gemäss den Artikeln 19–21 der Verordnung des EDI vom 23. November 2005¹¹ über die Kennzeichnung und Anpreisung von Lebensmitteln lückenlos rückverfolgbar ist.

Art. 7 Länderliste

¹ Das Bundesamt für Landwirtschaft (Bundesamt) legt in einer Liste diejenigen Länder fest (Länderliste), in denen ein dem Artikel 2 Absatz 3 gleichwertiges gesetzliches Produktionsverbot gilt und die ein entsprechendes Überwachungsprogramm haben.

² In die Länderliste wird ein Land auf Antrag hin aufgenommen. Dem Antrag sind alle notwendigen Unterlagen beizulegen.

³ Die Länderliste gibt das Land, die Tierkategorie sowie die Gesetzesgrundlage an und zeigt die Art des Produktionsverbotes auf.

⁸ SR 817.02

⁹ Fassung gemäss Ziff. I der V vom 14. Nov. 2007, in Kraft seit 1. Jan. 2008 (AS 2007 6441).

¹⁰ Fassung gemäss Ziff. I der V vom 14. Nov. 2007, in Kraft seit 1. Jan. 2008 (AS 2007 6441).

¹¹ SR 817.022.21

⁴ Das Bundesamt prüft jedes Jahr, ob das Land die Voraussetzungen für die Beibehaltung in der Länderliste erfüllt. Sind diese nicht erfüllt, so ist das Land aus der Liste zu streichen.

Art. 7a¹² Nachweis gleichwertiger Produktionsverbote aufgrund staatlicher Programme für nicht mit Hormonen behandeltes Vieh

Der Nachweis gleichwertiger Produktionsverbote aufgrund staatlicher Programme für nicht mit Hormonen behandeltes Vieh ist erbracht, wenn:

- a. Fleisch, Fleischzubereitungen oder Fleischerzeugnisse von Tieren aus einem von der Europäischen Gemeinschaft anerkannten Programm für nicht mit Hormonen behandeltes Vieh stammen;
- b. jede eingeführte Warensendung von einer von der Europäischen Gemeinschaft anerkannten Bescheinigung begleitet ist; und
- c. der Warenfluss mittels Warenlos nach den Artikeln 19–21 der Verordnung des EDI vom 23. November 2005¹³ über die Kennzeichnung und Anpreisung von Lebensmitteln lückenlos rückverfolgbar ist.

Art. 8 Nachweis gleichwertiger Produktionsverbote auf Grund von Produktionsrichtlinien

¹ Der Nachweis gleichwertiger Produktionsverbote ist erbracht, wenn:

- a.¹⁴ die Importeurin beziehungsweise der Importeur eine rechtkräftige Verfügung nach Artikel 9 Absatz 3 hat, mit der ein gleichwertiges Produktionsverbot anerkannt wird;
- b. jede eingeführte Warensendung mit einer Bescheinigung der Zertifizierungsstelle begleitet ist; und
- c.¹⁵ der Warenfluss mittels Warenlos gemäss den Artikeln 19–21 der Verordnung des EDI vom 23. November 2005¹⁶ über die Kennzeichnung und Anpreisung von Lebensmitteln lückenlos rückverfolgbar ist.

² Die Bescheinigung der Zertifizierungsstelle muss insbesondere den Namen des Produktions-, Verarbeitungs- sowie Handelsbetriebes enthalten und das Einhalten des vom Bundesamt anerkannten gleichwertigen Produktionsverbotes bezeugen.

¹² Eingefügt durch Anhang 2 der V vom 27. Aug. 2008 über die Ein- und Durchfuhr von Tierprodukten aus Drittstaaten im Luftverkehr, in Kraft seit 1. Okt. 2008 (SR 916.443.13).

SR 817.022.21

¹⁴ Fassung gemäss Ziff. I der V vom 14. Nov. 2007, in Kraft seit 1. Jan. 2008 (AS 2007 6441).

¹⁵ Fassung gemäss Ziff. I der V vom 14. Nov. 2007, in Kraft seit 1. Jan. 2008 (AS 2007 6441).

¹⁶ SR 817.022.21

Art. 9 Anerkennung der Produktionsrichtlinien

¹ Das Bundesamt anerkennt privatrechtliche Produktionsrichtlinien als gleichwertig im Hinblick auf ein Produktionsverbot, wenn:

- a. sie ein den Verboten nach Artikel 2 Absatz 3 gleichwertiges Produktionsverbot enthalten;
- b. die Einhaltung der Produktionsrichtlinien mit einem Zertifizierungsprogramm einer Zertifizierungsstelle auf Stufe Produktion des landwirtschaftlichen Erzeugnisses sichergestellt ist;
- c. eine Zertifizierungsstelle die Warenflusstrennung in Verarbeitung und Handel kontrolliert; und
- d. eine Gleichwertigkeitserklärung einer Zertifizierungsstelle vorliegt; Grundlage der Gleichwertigkeitserklärung ist der Bericht nach Artikel 13 Buchstabe d.

² Gesuche um eine Anerkennung einer Produktionsrichtlinie sind von jeder Importeurin und jedem Importeur selbst zu stellen.

³ Das Ergebnis der Prüfung wird der Importeurin beziehungsweise dem Importeur vom Bundesamt verfügt.

⁴ Die Anerkennung der Produktionsrichtlinien gilt, unter dem Vorbehalt der Wiedererwägung und des Widerrufs, für ein Jahr.

⁵ Nach Ablauf der Geltungsdauer der Verfügung muss ein neues Gesuch eingereicht werden.

Art. 10 Veröffentlichung

¹ Das Bundesamt erstellt periodisch eine Liste der Erzeugnisse, die auf Grund der Anerkennung der privatrechtlichen Produktionsrichtlinien als gleichwertig im Hinblick auf ein Produktionsverbot anerkannt sind.¹⁷

² Die Liste gibt insbesondere die Importeurin beziehungsweise den Importeur, das Erzeugnis, das Produktionsland des Rohstoffes und den Produktionsbetrieb an.

³ Die Form für die Veröffentlichung der Liste steht dem Bundesamt frei.

Art. 11 Zertifizierungsstellen

Die Zertifizierungsstellen müssen für den betreffenden Fachbereich:

- a. in der Schweiz nach der Akkreditierungs- und Bezeichnungsverordnung vom 17. Juni 1996¹⁸ akkreditiert sein;

¹⁷ Fassung gemäss Ziff. I der V vom 10. Nov. 2004, in Kraft seit 1. Jan. 2005 (AS 2004 4927).

¹⁸ SR 946.512

- b. durch die Schweiz im Rahmen eines internationalen Abkommens anerkannt sein; oder
- c. nach schweizerischem Recht auf andere Weise ermächtigt oder anerkannt sein.

Art. 12 Ausländische Zertifizierungsstellen

Das Bundesamt anerkennt unter Berücksichtigung international festgelegter Anforderungen und nach Rücksprache mit der Schweizerischen Akkreditierungsstelle ausländische Zertifizierungsstellen, wenn diese eine gleichwertige Qualifikation wie die in der Schweiz geforderte nachweisen können. Insbesondere müssen sie nachweisen, dass sie die hierzu erforderliche schweizerische Gesetzgebung kennen.

Art. 13 Zusätzliche Anforderungen an die Zertifizierungsstellen

Die Zertifizierungsstellen müssen:

- a. von den Unternehmen, die sie zertifizieren, rechtlich, organisatorisch, personell und finanziell unabhängig sein;
- b. über eigene Auditorinnen oder Auditoren verfügen, die im entsprechenden Fachgebiet über eine geeignete abgeschlossene Hochschulausbildung oder eine vergleichbare Qualifikation sowie über Erfahrung verfügen und sich laufend fortbilden. Die hierzu erforderliche schweizerische Gesetzgebung muss ihnen bekannt sein;
- c. Gewähr bieten, dass die Bestimmungen gemäss dem Bundesgesetz über den Datenschutz vom 19. Juni 1992¹⁹ sowie die diesbezüglich erlassene Verordnung zum Datenschutzgesetz vom 14. Juni 1993²⁰ eingehalten werden;
- d. Gewähr bieten, dass mindestens einmal jährlich ein umfassendes Audit durchgeführt und zuhänden des Bundesamtes dazu ein Bericht erstellt wird, der von der für das Unternehmen verantwortlichen Person gegenzuzeichnen ist;
- e. Gewähr bieten, dass schwerwiegende Unregelmässigkeiten dem Bundesamt unmittelbar und umfassend mitgeteilt werden.

6. Abschnitt: Schlussbestimmungen

Art. 14 Vollzug

Die kantonalen Lebensmittelkontrollbehörden vollziehen diese Verordnung nach der Lebensmittelgesetzgebung, soweit damit nicht das Bundesamt betraut ist.

¹⁹ SR 235.1

²⁰ SR 235.11

Art. 15 Aufhebung bisherigen Rechts

Die Verordnung vom 3. November 1999²¹ über die Deklaration für landwirtschaftliche Erzeugnisse aus in der Schweiz verbotener Produktion wird aufgehoben.

Art. 16²²**Art. 17** Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am 1. Januar 2004 in Kraft.

²¹ [AS 1999 2854]

²² Aufgehoben durch Ziff. IV 76 der V vom 22. Aug. 2007 zur formellen Bereinigung des Bundesrechts, mit Wirkung seit 1. Jan. 2008 (AS 2007 4477).

